

STADT EBERSWALDE
Der Bürgermeister



DB/Vorlage Nr. **BV/896/2012**

Datum: 12.11.2012

zur Behandlung in Sitzung:
- öffentlich -

Einreicher/zuständige Dienststelle:
60 - Amt für Hochbau und
Gebäudewirtschaft

**Betrifft: Vergabe nach VOB - Bürgerbildungszentrum Puschkinstraße 13, Los 20 -
Holzfenster-Aufarbeitung**

Beratungsfolge:

Hauptausschuss	06.12.2012	Entscheidung
----------------	------------	--------------

Beschlussvorschlag:

Dem Vergabevorschlag für die Baumaßnahme Los 20 – Holzfenster – Aufarbeitung für das Bürgerbildungszentrum Puschkinstr. 13 in Eberswalde, in Höhe von 330.180,29 Euro wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Zuschlag an die Firma H. Friedrich und Söhne GmbH, aus 14913 Niedergörsdorf, zu erteilen.

Boginski
Bürgermeister

Anlagen

Vergabevorschlag

Fin. Auswirkungen: Ja: <input checked="" type="checkbox"/> Nein: <input type="checkbox"/>					
Haus- haltsjahr	Ertrag / Aufwand bzw. Einzahlung/ Auszahlung	Produkt- gruppe	Sachkonto	Planansatz gesamt (in €)	Aktueller Ertrag bzw. Aufwand (in €)
a) Ergebnishaushalt:					
2014 ff	Ertrag (SoPo)	11.17	416100	232.586,00	66.618,00
2014 ff	Aufwand (Abschr.)	11.17	571100	337.608,00	66.749,00
b) Finanzhaushalt: (für Investitionen Maßnahmennummer: 23050007 (Kita) und 23140002 (BBZ))					
2012	<i>Einzahlungen (RSI)</i>	51.12	681100	36.800,00	--
2012	<i>Auszahlungen (Kita) + Ermächti- gungsübertragung aus 2011</i>	51.12	785100	15.900,00 + 1.567.106,48	--
2012	Einzahlungen (EFRE)	51.12	681100	1.200.000,00	247.635,21
2012	Auszahlungen (BBZ) + Ermächti- gungsübertra- gung aus 2011	51.12	785100	2.300.000,00 + 431.610,22	330.180,29
Wirtschaftlichkeitsberechnung liegt als Anlage bei: Ja: <input type="checkbox"/> nicht erforderlich: <input checked="" type="checkbox"/>					
Erläuterung: Der Baubeschluss Nr. 34/383/11 (BV/681/2011 Stvv 15.12.2011) liegt vor.					
Abstimmung mit der Behindertenbeauftragten erforderlich: Ja: <input checked="" type="checkbox"/> Nein: <input type="checkbox"/>					
Abstimmung erfolgte: Ja: <input checked="" type="checkbox"/> Nein: <input type="checkbox"/>					
Mitzeichnung Amtsleiter/in:		Mitzeichnung Kämmerer/in:		Mitzeichnung Dezernent/in:	

Sachverhaltsdarstellung:

Das Projekt BBZ wird mit Mitteln der Europäischen Union (EFRE) und aus Städtebaufördermitteln aus dem Bund-Länder-Programm Aufbau Ost, Teilprogramm RSI öffentlich gefördert. Das Vorhaben ist im Auftrag des Brandenburgischen Landesamtes für Bauen und Verkehr durch den Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen baufachlich geprüft worden. Die förderfähigen Kosten wurden dabei in einer Gesamthöhe von 7.075.600 € anerkannt. Davon entfallen 5.962.300 € inkl. Umsatzsteuer auf die Kostengruppen 200 bis 600. Dieser Bruttobetrag entspricht einem Nettoauftragswert in Höhe von 5.010.336,14 €. Damit übersteigt die voraussichtliche Vergabesumme mit Stand der baufachlichen Prüfung den Schwellenwert nach §§ 127 Nr. 1 GWB, 2 Nr. 3 VgV in Verbindung mit Art. 2 VO (EG) Nr. 1177/2009 von EUR 4.845.000 € (neu 5.000.000 €). Gemäß § 100 Abs. 1 GWB ist daher der vierte Teil des GWB (§§ 97 ff.) anzuwenden und somit europaweit auszuschreiben. Nach § 101 Abs. 7 GWB haben öffentliche Auftraggeber dabei grundsätzlich das offene Verfahren anzuwenden.

Der Vergabevorschlag betrifft ein Los dieses europaweiten Vergabeverfahrens.

Das wirtschaftlichste Angebot unterbreitete die Firma H. Friedrich und Söhne GmbH aus 14913 Niedergörsdorf.

Die Auftragssumme beträgt insgesamt 330.180,29 €. Diese entfallen auf das BBZ (EFRE).

Es werden keine Nachunternehmer gebunden.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass grundsätzlich alle Vergaben im öffentlichen Teil der Ausschüsse und der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden. In den entsprechenden Beschlussvorlagen werden alle schutzwürdigen Daten von einzelnen Personen, wirtschaftliche Verhältnisse betreffende Angaben, Namen und Adressen nicht aufgenommen und insofern anonymisiert.

Die Stadtverordneten haben die Möglichkeit, die konkreten Angaben zu den schutzwürdigen Daten im Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft einzusehen und zu hinterfragen. Im Zweifelsfall besteht auch die Möglichkeit, im Rahmen der Sitzung die Nichtöffentlichkeit herzustellen und die Daten den Stadtverordneten zu benennen.